

Anfragen zum Plenum in der 49. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen sie die Absichtserklärung der CIO von Bund und neun Bundesländern zur Stärkung der Digitalen Souveränität und gemeinsamen Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes nicht unterzeichnet hat, welche offenen Fragen eine Beteiligung Bayerns an der gemeinsamen Entwicklung von Open-Source-Software für Behörden verhindern (bitte alle offenen Fragen auflisten) und mit welchen anderen Maßnahmen sie die digitale Souveränität in der öffentlichen Verwaltung sicherstellen möchte?

Horst Arnold
(SPD)

Im Hinblick auf den Artikel in den Fürther Nachrichten vom 06.12.2021 „Impfquoten unter Verschluss“ (S. 10) frage ich die Staatsregierung nach dem aktuellen Stand der Impfquoten in den 96 Kreisen und kreisfreien Städten und ggf. nach den Gründen einer Nichtpreisgabe dieser Zahlen?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum sie entgegen der Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO) die Corona-Impfung zur Voraussetzung für die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ab 12 Jahren gemacht hat, wie hoch der Anteil der Erstimpfungen gegen das Coronavirus bei Kindern und Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren in Bayern ist und welche Folgen nach der Kenntnis der Staatsregierung der Ausschluss von sozialer Teilhabe für den Kinder- und Jugendschutz, die psychische Gesundheit und die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, unter welche der drei Kategorien „Impfschutz vollständig“, „Impfschutz unbekannt“ und „keinen Impfschutz“ sie jede der Fallgruppen „Einfachimpfung, wenn zwei COVID-Impfungen nötig wären, um vollen Impfschutz zu erhalten“, „zwei Impfungen, bei denen nach der zweiten Impfung noch keine 14 Tage vergangen sind“, „zwei Impfungen mit verschiedenen Impfstoffen“, „Impfungen, bei denen die letzte Impfung mehr als sechs Monate zurückliegt“, „Impfungen, die mit dem russischen Impfstoff Sputnik V erfolgten“ und „Genesenen-Status, der nach sechs Monaten abgelaufen ist“ subsumierte, als sie nach Anfrage dem Redakteur der Zeitung die DIE WELT Tim Röhn die am 05.12.2021 veröffentlichte Zahl 14 652 für die Kategorie „keinen Impfschutz“ auswies, wie viele einzelne Fälle zu diesem Abfrage-Zeitpunkt der Zeitung DIE WELT jede der Fallgruppen „Einfachimpfung, wenn zwei COVID-Impfungen nötig wären“, „zwei Impfungen, bei denen nach der zweiten Impfung noch keine 14 Tage vergangen sind“, „zwei Impfungen mit verschiedenen Impfstoffen“, „Impfungen, bei denen die letzte Impfung mehr als sechs Monate zurückliegt“, „Impfung mit dem russischen Impfstoff Sputnik V“ und „Genesenen-Status, der nach sechs Monaten abgelaufen ist“ umfasste und auf welcher genauen Rechtsgrundlage wurde z. B. für diese Auskunft die Kategorie „Impfschutz unbekannt“ unter die Kategorie „kein Impfschutz“ subsumiert?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund journalistischer Meldungen über Postsendungen der österreichischen Impfgegnerinnen bzw. Impfgegnern „auf1.tv“, die vor Kurzem eine Broschüre mit der Überschrift „Unbegründete Corona-Panik. Gefährliche Impfung. Jetzt sprechen die Ärzte! Mediziner und Medien klären auf!“ mit Desinformationen zur Coronapandemie und zu Corona-Schutzimpfungen an Haushalte in Dachau gesendet haben, frage ich die Staatsregierung, in welchem Ausmaß nach ihrer Kenntnis Postwurfsendungen mit Desinformationen zur Coronapandemie und/oder zu Corona-Schutzimpfungen in Bayern seit Jahresbeginn versendet wurden, in welchem Ausmaß nach ihrer Kenntnis dabei rechtsextreme Organisationen zu den Verfassern dieser Dokumente gehören und wie oft nach ihrer Kenntnis derartige Postwurfsendungen von Verfasserinnen bzw. Verfassern aus dem Ausland an bayerische Haushalte gesendet wurden?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem DIE WELT und andere Medien darüber berichten, dass das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) die Inzidenzzahl für Ungeimpfte auf fragwürdige Art und Weise berechnet und ausgewiesen hat, frage ich die Staatsregierung erstens, wann genau Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Leiter der Staatskanzlei Florian Herrmann und Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek über die Vorgehensweise des LGL bezüglich Inzidenzberechnung und Corona-Statistik informiert wurden (bitte unter Angabe des genauen Datums und aller Details der Information), zweitens, welche Konsequenzen der Ministerpräsident, andere beteiligte Mitglieder der Staatsregierung sowie alle informierten und beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem explizit an Dr. Markus Söder gerichteten Twitter-Kommentar – respektive Tweet – des Senior Data Scientist und Träger des Gerhard-Fürst-Preises des Statistischen Bundesamts Daniel Haake vom 18.11.2021 (mit dem Text „In diesem Tweet von Markus Söder wird suggeriert, dass die Inzidenz eines Ungeimpften in Bayern aktuell rund 13,4 mal so hoch ist, wie die eines Geimpften. Das ist *nicht* korrekt. Denn den Ungeimpften werden die Personen zugerechnet, für die kein Impfstatus bekannt ist. [...]“) unter dem Tweet des Ministerpräsidenten vom selben Tag (mit dem Text von Dr. Markus Söder „Leider nehmen die Corona-Infektionen gerade bei Ungeimpften dramatisch zu. Es gibt einen direkten Zusammenhang von niedrigen Impfquoten und hohen Infektionsraten. Lassen Sie sich daher bitte impfen. Nur Impfen hilft.“ und mit einer angehängten Grafik, die wie oben erwähnt eine über 13-mal höhere 7-Tages-Inzidenz bei Ungeimpften suggeriert hat) gezogen haben (bitte mit Angabe des Datums und aller Details) und, drittens, wer genau diese Grafik für Dr. Markus Söder erstellt hat?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wurden in der Vergangenheit beziehungsweise werden durch aktuell in Bau oder Planung befindliche Projekte Fauna-Flora-Habitat-Gebiete mittels Neubautrassen von Staatsstraßen durchschnitten und wenn ja, welche?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Anzahl der Privatinsolvenzen bereits im ersten Halbjahr 2021 die Gesamtzahl des Jahres 2020 weit überschritten hat, frage ich die Staatsregierung, ob sie es auch angesichts dieser Entwicklung für sinnvoll erachtet, Daten beispielsweise zur Anzahl an Beratungsgesprächen, Wartezeiten für ein Beratungsgespräch, Entwicklung des Beratungspersonals sowie zu den Branchen, in denen die Schulden anfallen, zu erheben, um auf dieser Grundlage den Bedarf für Schuldnerberatungsstellen genauer einschätzen zu können und welche Daten noch hilfreich wären, um wichtige Themenfelder für die Verbraucherberatung zu identifizieren?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung angesichts der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) für eine Impfung für alle Kinder und Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren und der Aufforderung an die Schulen, impfwilligen Schülerinnen bzw. Schülern nach Unterrichtsbeginn im Schuljahr 2021/2022 durch den Einsatz mobiler Impfteams ein Impfangebot zu unterbreiten, wie viele Schulen in Schwaben bislang von mobilen Impfteams aufgesucht wurden (bitte nach Stadt/Landkreis und Schulart aufschlüsseln), wie viele darüber hinaus bereits einen festen Termin für den Besuch eines mobilen Impfteams vereinbart haben (bitte nach Stadt/Landkreis und Schulart aufschlüsseln) und wie viele Jugendliche in Schwaben (in absoluten und relativen Zahlen) bislang Impfschutz (teilweise und vollständig) erlangt haben?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie eine Neuauflage des Integrationsberichts von 2017: „Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern. Stand der Integration und integrationspolitischen Strukturen“ beabsichtigt ist (bitte den genauen Erscheinungszeitpunkt benennen, bzw. bitte begründen, falls keine Neuauflage geplant ist), wie hoch die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst im Vergleich zu Gesamtzahl der Personen im öffentlichen Dienst in Bayern ist und wie viele Lehrkräfte im Vergleich zur Gesamtzahl der Lehrkräfte in Bayern einen Migrationshintergrund haben?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, mit wie vielen Anträgen auf Unternehmerlohn für Marktkaufleute und Schausteller sie von November 2021 bis März 2022 insgesamt rechnet, wie sichergestellt wird, dass der Unternehmerlohn in Höhe von 1.500 Euro monatlich angesichts der Verlängerung und Verbesserung der Überbrückungshilfe in voller Höhe bei den Betroffenen ankommt und inwiefern eine Finanzierung des Unternehmerlohnes aus der Härtefallhilfe möglich ist, wo deren Ziel doch darin besteht, Unternehmen und Selbstständige zu unterstützen, die in den bestehenden Hilfsprogrammen von Bund und Ländern nicht berücksichtigt sind?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob Patienten, die bereits zweimal (also vollständig) gegen Corona immunisiert wurden, deren Impfung aber mehr als sechs Monate zurückliegt, von den Krankenhäusern und sonstigen medizinischen Einrichtungen als „Ungeimpfte“ an die zuständigen Behörden gemeldet werden und wie hoch der Anteil dieser Patienten (absolut und relativ) an den stationär und intensiv behandelten Patienten ist?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ausnahmegenehmigungen für Anbindehaltung von Rindern nach Nr. 1.7.5, Anhang II, Teil II VO (EU) 2018/848 in den letzten drei Jahren in Bayern jährlich beantragt und genehmigt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen und Jahren angeben)?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern der Ministerpräsident und der Gesundheitsminister über das aktuelle Ausmaß der Unbekannten bei der Berechnung der Impfstatus-Inzidenz informiert waren, als diese damit in Pressekonferenzen, MPK, GMK oder Landtagsdebatten argumentiert haben (bitte für die Sitzungen dieser Gremien der vergangenen zwei Monate auch jeweils entsprechend der Protokolle wiedergeben, sofern mit den bayerischen Impfstatus-bezogenen Inzidenzen argumentiert worden ist), wie vor diesem Hintergrund zu verstehen ist, dass der Gesundheitsminister am Sonntag auf Twitter erklärte „Zur Inzidenz geimpft/ungeimpft hat der Präsident des LGL alles Notwendige gesagt:¹ Warum ist dies Thema jetzt ein Fokus? Der BR hatte es schon im Oktober für jeden erklärt (...)“ und wann der Gesundheitsminister den entsprechenden BR-Beitrag erstmals zur Kenntnis genommen hat?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts von Medienberichten, denen zufolge das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) nicht den Impfstatus der einzelnen Corona-Infizierten kennt und bei der Berechnung von Inzidenzen die Fälle mit unbekanntem Status den Ungeimpften zurechnet, frage ich die Staatsregierung, ob das Gesundheitsamt Starnberg jetzt und in den vergangenen Monaten den Impfstatus der Corona-Erkrankten vollständig erfasst, ob die Nachverfolgung von Kontaktpersonen noch gelingt und ob es ausreichend Personal gibt, um der derzeitigen Pandemielage – gerade auch während der bevorstehenden Feiertage – gerecht zu werden?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie das in der Stellungnahme der Staatsregierung zum Volksbegehren zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern („Rettet die Bienen!“) vorgegebene Ziel „Halbierung bei Pflanzenschutz-Chemie: Der Freistaat halbiert seinen Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln bis 2028“ erreicht werden soll, von welchen in Bayern eingesetzten Mengen an chemischen Pflanzenschutzmitteln die Staatsregierung in den Jahren 2019, 2020 und 2021 ausgeht (bitte nach Jahren aufgeschlüsselt) und wie das staatliche Monitoring der jährlichen Einsatzmenge an chemischen Pflanzenschutzmitteln in Bayern erfolgt, um das Halbierungsziel bis zum Jahr 2028 zu erreichen?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, weshalb die Mittel des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms seit 2020 (210 Mio. Euro) trotz mittlerweile drei Förderschwerpunkten gekürzt wurden, wie sich die Mittel auf die jeweiligen Förderschwerpunkte verteilen und in welchem Umfang die Mittel für das Bayerische Städtebauförderungsprogramm in den letzten fünf Jahren abgerufen wurden?

¹ <https://lgl.bayern.de/presse/pressemitteilungen/detailansicht.htm?ID=A%2Bs3RgSTi2TUWpE4rXjPIQ%3D%3D>

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Durchsetzung der Schulpflicht umsetzen kann, ohne selbst genaue Kenntnis der Anzahl aller Schülerinnen bzw. Schülern zu haben, die zum Teil seit Schuljahresbeginn aufgrund Testverweigerung nicht zum Unterricht erscheinen, wie sie ab sofort sicherstellen kann, evtl. durch entsprechende Unterstützung der Schulleitungen, dass Kinder keine gefälschten Testergebnisse und Atteste mehr in den Schulen vorlegen und wie die Staatsregierung ihrer Verantwortung nachkommt, für diese Schülerinnen und Schüler sicherzustellen, dass sie entsprechend dem Lehrplan lernen und in ihrer sozialen Entwicklung gefördert werden, sodass der in der Verfassung verankerte Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schulen (Art. 1 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – BayEUG) verwirklicht wird?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) ausgewiesenen Impfstatus-Inzidenzen bzgl. Corona-Infektionen wöchentlich seit Beginn der Erhebung bzw. Ausweisung dieser jeweils entwickelt haben, wie diesbezüglich jeweils die absolute und relative Anzahl der bzgl. Impfstatus unbekannt, geimpften sowie ungeimpften Positiv-Fälle zum Zeitpunkt der Ausweisung lautete und wie sich jeweils die Zahlen bezüglich der nachträglich ermittelten und anfangs unbekannt Fälle bis zum heutigen Stand seit der erstmaligen Ausweisung verändert haben?

Prof. Dr. Ingo Hahn
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, warum Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit seiner Twitter-Nachricht vom 18.11.2021 nachweislich Unwahrheiten bezüglich der Inzidenzzahlen in Bayern verbreitete (dies wurde in einer Recherche der Tageszeitung DIE WELT belegt), welche Erklärung sie hat, dass das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) laut einem Behördensprecher beispielsweise für die Woche vor dem 24. November 2021 insgesamt 81 782 Corona-Fälle gemeldet hat (9 641 Infizierte mit vollständigem Impfschutz, 14 652 ohne Impfschutz und 57 489 mit Impfstatus „unbekannt“), dann aber diese 57 489 Infizierten laut LGL der Gruppe der Ungeimpften zugerechnet wurden, und vor dem Hintergrund, dass aufgrund des obigen Falles der Verdacht aufkommt, dass es bei offiziellen Verkündigungen von Zahlen zu Corona vonseiten der Staatsregierung üblich ist, jeweils die für eine restriktive und autoritäre Coronapolitik genehmen Zahlen zu generieren, welche Argumente die Staatsregierung diesem Verdacht entgegenbringen möchte?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit sie über die Pressemeldungen der letzten Tagen hinausgehende Erkenntnisse hat, dass das Gelände des ehemaligen Fliegerhorstes Penzing als Produktionsstandort für den Chiphersteller Intel nicht mehr infrage kommt, welche Maßnahmen sie betrieben hat, damit der Standort Penzing für die Firma Intel weiterhin infrage kommen könnte und wann die Entscheidung über die Standortwahl des Unternehmens final erwartet wird?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler in Schwaben derzeit nicht am Unterricht teilnehmen, weil sie bzw. ihre Eltern die verpflichtenden Tests nicht durchführen wollen, wie viele Bußgelder in diesem Zusammenhang bislang von bayerischen Landratsämtern gegen Eltern verhängt wurden und wie viele Fälle von ungültigen ärztlichen Attesten über eine Genesung, eine Befreiung von der Masken- oder Testpflicht der Staatsregierung bekannt sind?

Elmar Hayn
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien wurden und werden den Impfzentren, (Betriebs-)Ärztinnen bzw. Ärzten und sonstigen mit der Impfung betrauten Organisationen die, laut Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek bis Jahresende vorhandenen 7,9 Mio. Impfdosen (Stand Ende November 21) zugeteilt, welche Maßnahmen werden ergriffen, wenn im Bereich eines Gesundheitsamtes der angedachte Impfstoff nicht ausreicht für die vorhandene Nachfrage und wie viele Impfdosen sind bis Jahresende für jedes Gesundheitsamt noch vorhanden?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wer hat innerhalb des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) bzw. innerhalb der Staatsregierung die Hinzurechnung der unbekanntenen Fälle unter den Corona-positiv Getesteten in Bayern zu den Ungeimpften angewiesen, wer trägt für die Prüfung, Freigabe und Weitergabe dieser Daten seitens des LGL an andere Stellen (z. B. Robert Koch-Institut, Staatsregierung) sowie an die Öffentlichkeit die Verantwortung und wer trägt diese innerhalb der Staatsregierung?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Unteren Naturschutzbehörden noch keine Biodiversitätsberater eingesetzt wurden, wann die Einsetzung von Biodiversitätsberatern an Unteren Naturschutzbehörden, an denen bisher noch kein Biodiversitätsberater eingesetzt wurden, erfolgt (bitte die betroffenen Unteren Naturschutzbehörden aufzählen) und falls an Unteren Naturschutzbehörden keine Biodiversitätsberater eingesetzt werden (bitte die betroffenen Unteren Naturschutzbehörden aufzählen), warum nicht?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass Kommunen nach § 7c Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) bis zum 31.12.2023 ein befristetes Initiativrecht zur Einrichtung von Pflegestützpunkten haben, welche kommunalen Gebietskörperschaften in Bayern bereits einen Pflegestützpunkt haben bzw. einen Pflegestützpunkt vorbereiten und nach welchem Finanzierungsmodell (Kooperations- oder Angestelltenmodell) diese jeweils geführt bzw. geplant sind (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Finanzierungsgrundlage angeben)?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen konkreten Hinweisen der Bund den Freistaat über die konkrete Ausgestaltung der Schlussabrechnung informiert hat (bitte hierbei auch das konkrete Datum der Informationsbereitstellung nennen), wie sich die zusätzlichen Kosten unter dem Posten „Schlussabrechnung“ in Höhe von 63 Mio. Euro genau zusammensetzen und wie viele Schlussabrechnungen ein Mitarbeiter pro Tag erledigen soll (bitte unter Angabe aller voraussichtlichen Schlussabrechnungen)?

Christian Klingen
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die ökonomischen Folgen bewertet, die eine Abschaffung der 10H-Regel und ein damit einhergehender massiver Ausbau der Windkraft in Bayern nach sich ziehen würden (Wertverlust von Grundstücken, Versorgungssicherheit, Netzbelastung, Energiepreise etc.), wie sie die ökologischen Folgen bewertet, die eine Abschaffung der 10H-Regel und ein damit einhergehender massiver Ausbau der Windkraft in Bayern nach sich ziehen würden (Vogelschlag, Insektenschlag, gefährdete Arten etc.) und wie sie die gesundheitlichen und sozialen Folgen bewertet, die eine Abschaffung der 10H-Regel und ein damit einhergehender massiver Ausbau der Windkraft in Bayern nach sich ziehen würden (vor dem Hintergrund eines kürzlich erfolgten Gerichtsurteils in Frankreich, welches einem Anwohnerhepaar hohe Schadensersatzansprüche vonseiten eines Windkraftbetreibers zugesprochen hat¹)?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf meine Anfrage zum Plenum vom 22.11.2021 (Drs. 18/19266) frage ich die Staatsregierung, inwiefern Erde mit Spuren über der Bestimmungsgrenze ausgebracht wurde, in welcher Form diese Flächen in die behördliche Überwachung eingehen und wie bewertet die Staatsregierung den Sachverhalt, dass das Ausbringen außerhalb des Zeitraums im Rahmen der Regelungen der Notfallzulassung für 2021 stattgefunden hat bzw. stattfinden wird?

¹ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/windparkbetreiber-in-frankreichmuessen-schadenersatz-zahlen-17626344.html>

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem im DB-Navigator am Montag, den 06.12.2021, für die S1 Richtung Freising, Abfahrt 06.43 Uhr, ein „Defektes Stellwerk zwischen München – Moosach und München – Feldmoching“ angezeigt wurde, frage ich die Staatsregierung, worin genau der Defekt am Stellwerk bestand, ob die Störung des Betriebsablaufs etwas mit akutem Personalmangel zu tun hatte und ob sich die Vertragsstrafe für ein defektes Stellwerk von der Vertragsstrafe für ein unbesetztes bzw. unterbesetztes Stellwerk unterscheidet?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie die tatsächliche und unveränderte Zahl bzw. die Anteile der unbekanntenen Fälle (in Bezug auf den Impfstatus) unter den Corona-positiv Getesteten in Bayern künftig veröffentlichen wird, welche Schlüsse sie für die Qualität der Kontaktnachverfolgung in Bayern zieht und welche Konsequenzen (z. B. freiwillige Erfassung des Impfstatus gleich bei der Testung) sie daraus für die Erfassung des Impfstatus für erforderlich hält?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Impfdosen derzeit für die COVID-19-Auffrischungsimpfungen (Booster-Impfungen) für Einrichtungen der Langzeitpflege und für Wohngruppen von Menschen mit Behinderung zur Verfügung stehen, wie die Verteilung der Impfdosen auf die genannten Einrichtungen erfolgt und zu welchen logistischen Problemen es bei der Verteilung der Impfstoffe kommt?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des Ministerratsbeschlusses vom 17.07.2018, in welchem der Hochschule für Fernsehen und Film (HFF) München ein neuer „Studienschwerpunkt im Bereich „Digitale Bildgestaltung“, der für Medienunternehmen am Standort immer wichtiger wird“ versprochen wurde und mit „Investitionen in Höhe von rund 4,6 Mio. Euro sowie mit „sieben neuen Stellen ab 2019 „Kompetenzen im Bereich VFX /Visual Effects vermittelt und Spezialisten für diese Bereiche ausgebildet werden“ sollen, sowie des in der Drs. 18/12225 am 19.02.2021 gegebenen Bekenntnisses, dass die Staatsregierung „den Studienschwerpunkt VFX auch künftig als unverzichtbaren Bestandteil des Studienangebots an der HFF“ sieht und „für den Haushalt 2022“ plant, „auf Basis des von der Hochschule zu erstellenden, überarbeiteten Finanzkonzepts entsprechende Mittel einzustellen“, frage ich die sie, wie viele der sieben zugesagten Stellen nun insgesamt im Haushalt 2022 mit Mitteln hinterlegt sind, ob die Staatsregierung den Ministerratsbeschluss von 2018 mit dem Haushalt 2022 vollumfänglich erfüllt sieht und mit welchen Folgen sie im Falle einer unzureichenden Ausstattung rechnet?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob regelmäßige Kontrollen durchgeführt werden, ob die Umsetzung der 3G-Regel am Arbeitsplatz, welche seit dem 24. November 2021 gilt, in den bayerischen Unternehmen eingehalten wird, falls ja, wie viele Betriebe seit dem 24. November 2021 kontrolliert wurden und wie das Ergebnis dieser Kontrollen aussieht?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie sich an die Resolution des Europarates vom 27. Januar 2021 zu Impfstoffen gegen COVID-19 gebunden sieht und ob die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und die Aussagen des Ministerpräsidenten zur Einführung einer Impfpflicht dieser Resolution gerecht werden?

Roland Magerl
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass das Pilotprojekt Telenotarzt bis 2018 lief und im Anschluss daran 2019 beschlossen wurde, den Telenotarzt bayernweit einzuführen und dann 2019 auch das Urteil zur Bereichsausnahme fiel, frage ich die Staatsregierung, wieso es zweieinhalb Jahre dauerte, bis die Rechtsgrundlagen im Bayerischen Rettungsdienstgesetz (BayRDG) nun angepasst werden, welche Einwände von den Verbänden gegen den Referentenentwurf des novellierten BayRDG vorgebracht wurden und wann mit einem innovativen BayRDG zu rechnen ist, das nicht nur äußere Zwänge umsetzt, sondern eine effektive Weiterentwicklung des Rettungsdienstes ermöglicht?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass nach Angaben des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) die Sieben-Tage-Inzidenz bei Ungeimpften weitaus höher als bei Geimpften lag, da nach Medienberichten das LGL alle infizierten Personen, deren Impfstatus unbekannt ist, den Ungeimpften zuordnet – was die Inzidenz dieser Gruppe nach oben treibt – frage ich die Staatsregierung, ob sie an dieser Praxis weiterhin festhält, wer die Anordnung gab, so zu verfahren, und wie hoch zurzeit die Anzahl der infizierten Personen in Bayern ist, deren Impfstatus unbekannt ist, aber dennoch im Sinne der Inzidenz-Berechnung den Ungeimpften zugerechnet werden?

Ferdinand Mang
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie die Empfehlungen des Obersten Rechnungshofs (ORH) für Überwertankäufe bei ihren jüngsten Kaufentscheidungen bereits beachtet hat, ob sie den Empfehlungen des ORH für künftige Überwertankäufe zu folgen plant und wie viele Immobilien und Grundstücke der Freistaat im Zeitraum 2013 bis 2021 weit über dem gutachterlich festgestellten Verkehrswert angekauft hat?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es stimmt, dass seit Ende November 2021 ungeimpfte, nicht genealogische Personen vom Besuch der KZ-Denkstätten Dachau und Flossenbürg ausgeschlossen sind, darunter ungeimpfte, nicht genealogische Schulkinder, für welche im Fachlehrplan der 9. Jahrgangsstufe des Gymnasiums eine verpflichtende Exkursion zu einer KZ-Gedenkstätte festgehalten ist, und ob die Staatsregierung darin eine Einschränkung der Erinnerungskultur an die Schrecken der NS-Herrschaft sieht?

Helmut Markwort
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die impfstatusbezogenen Corona-Inzidenzen der letzten beiden Monate bezüglich aller positiven Testungen und bezüglich der symptomatischen Fälle dargestellt haben (bitte insbesondere bei Letzterem nach der Methode des Robert Koch-Instituts ausweisen), ob der LGL-Präsident zu seiner Pressemeldung seitens des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege oder der Staatskanzlei angewiesen, aufgefordert oder gebeten wurde (bitte unter Angabe des Zeitpunkts und der beteiligten Personen) und wer die Entscheidung zur Berufung des derzeitigen LGL-Präsidenten getroffen hat (bitte unter Angabe der Entscheidungsgrundlage und detaillierte Darstellung der Art und des Umfangs der Einbindung des Ministerpräsidenten und von Staatsminister Klaus Holetschek)?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnis sie vom aktuellen Sachstand zum Realisierungsvertrag Bahnhof Walhallastraße in Regensburg hat, wann sie mit einem Abschluss des Realisierungsvertrages rechnet und welche Maßnahmen zur Beschleunigung der Inbetriebnahme des Bahnhofs der Staatsregierung zur Verfügung stehen?

Ruth Müller
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass der Tierschutz in Bayern Verfassungsrang hat und seit 1998 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung festgeschrieben ist und die bayerischen Tierheime einen wichtigen Beitrag zum Tierschutz leisten, jedoch Corona auch Auswirkungen auf die Arbeit der Tierheime hat (z. B. Veranstaltungen zur Erwirtschaftung von Spenden konnten nicht durchgeführt werden, Ehrenamtliche durften nicht mehr in den Tierheimen unterstützend tätig werden und für die Haustiere, die während des Lockdowns angeschafft wurden, gab es später zu wenig Zeit, sodass viele von ihnen wieder in den Tierheimen landeten), frage ich die Staatsregierung, welche Beträge aus den Anträgen zur Förderung von Tierheimen, Wildtierauffangstationen, Tierpflegestellen und Gnadenhöfen in den letzten fünf Jahren (bitte aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben) ausbezahlt wurden, wie sich die Anzahl der aufgenommenen und untergebrachten Tiere (bitte gelistet nach Tierart angeben) in den letzten fünf Jahren (bitte aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben) entwickelt hat und wie hoch der Investitionsbedarf der bayerischen Tierheime, Wildtierauffangstationen, Tierpflegestellen und Gnadenhöfe von der Staatsregierung geschätzt wird (bitte aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben)?

Alexander Muthmann
(FDP)

Nachdem in Bayern mehrere Landkreise aufgrund einer Überschreitung der 1 000er-Inzidenz bereits in regionale Lockdowns gehen mussten und diese Schließungen zahlreiche Wirtschaftsbranchen in unterschiedlichem Maße getroffen haben, frage ich die Staatsregierung, inwiefern die derzeitigen Programme des Bundes für solche teilweise relativ kurz andauernden Beschränkungen ausreichend sind, um lückenlose Hilfe zu leisten, welche Bemühungen die Staatsregierung anstrengt, um die betroffenen Branchen zusätzlich zu Bundesförderungen zu unterstützen und inwiefern auch die aus früheren Programmen bekannten Herausforderungen in der ebenso betroffenen Kulturbranche bewältigt werden können?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie das Berufsorientierungsprojekt IBOS an den Nürnberger Mittelschulen Hummelsteiner Weg und Scharrerstraße bewertet, welche finanzielle Förderung hier vonseiten der Staatsregierung besteht und wie eine entsprechende Projektfinanzierung nach Auslaufen der aktuellen Förderperiode weitergeführt ?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, im Namen welcher Firmen Andrea Tandler im Rahmen der Vermittlung des EMIX-Maskengeschäfts im Frühjahr 2020 auf die Staatsregierung zugeht, ob diese Vermittlungsarbeit im Namen der Agentur Pfennigturm (Sitz München) oder der Firma Little Penguin (Sitz in Grünwald) stattfand und von welchen Firmen im Zuge des EMIX-Maskengeschäfts dem Freistaat Bayern Leistungen in Rechnungen gestellt wurden?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie den Bedarf einer Neubau-strecke auf dem Streckenabschnitt Grafing – Ostermünchen als Teil des Nordzulaufs des Brennerbasistunnels einschätzt, wie nach Kenntnissen und Einschätzung der Staatsregierung der Stand bei den Themen Ostkorridor über Freilassing – Mühldorf – Markt Schwaben und einer vollständigen bzw. teilweisen Untertunnelung einer neuen Trasse zwischen Ostermünchen und Grafing (bitte unter Nennung des aktuellen Planungsstandes, der geplanten Zeitschiene und der Wahrscheinlichkeit der Realisierung) ist und wie sie die Chancen einschätzt, dass die vorgestellten Grobtrassen verworfen und stattdessen doch eine bestandsnahe Trasse genutzt wird (ggf. unter Berücksichtigung einer reduzierten Zug-geschwindigkeit und der Umsetzung eines Ostkorridors über Freilassing – Mühldorf – Markt Schwaben zur Entlastung der Strecke)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche behördlichen Maßnahmen sie seit Januar 2021 eingeleitet hat, die KfZ-Verwahrstelle in der Truderinger Thomas-Hauser-Straße an einen anderen Ort zu verlegen, wann die KfZ-Verwahrstelle verlegt wird (bitte mit Angabe des Ortes) und wie im Wortlaut die konkrete Antwort von Bundesverkehrsminister Scheuer auf das Schreiben von Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Kerstin Schreyer vom 20.01.2021, in dem sie laut Antwort auf die Anfrage auf Drs. 18/14726 die Aufhebung des Variantenbescheids zugunsten der von der Bürgerschaft eingebrachten Variante B1 zur Truderinger Kurve gefordert hat, lautet?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung in Anbetracht der Tatsache, dass nach dem Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung – bestehend aus SPD, Grünen und FDP – Kinder und Jugendliche grundsätzlich nicht mehr in Abschiebehafte kommen sollen und Familien aufgrund der Abschiebep Praxis bayerischer Behörden hin und wieder während eines Abschiebevorganges getrennt werden, obwohl sie nach Art. 6 im Grundgesetz (GG) unter einem besonderen Schutz stehen, zu wie vielen Familientrennungen es jeweils in den Jahren 2020 und 2021 aufgrund eines (Teil-)Abschiebevorganges aus bayerischer Zuständigkeit kam (auch unter Berücksichtigung von nichtehelichen Eltern-Kind-Beziehungen), wie viele Kinder, Jugendliche und junge Heranwachsende (bitte aufgeschlüsselt nach Altersgruppen 0 bis unter 16 Jahren, 16 bis unter 18 Jahren, 18 bis unter 25 Jahren angeben) sich jeweils in den Jahren 2020 und 2021 in Gewahrsam zur vorbereitenden Abschiebung befanden (bitte aufgeschlüsselt nach Abschiebehafteinrichtung und anderen Einrichtungen angeben) und wie viele versuchte und tatsächliche Abschiebungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden (bitte aufgeschlüsselt nach Altersgruppen 0 bis unter 16 Jahren, 16 bis unter 18 Jahren, 18 bis unter 25 Jahren angeben) es jeweils in den Jahren 2020 und 2021 gab (bitte aufgeschlüsselt nach Nationalität angeben)?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Datengrundlage (bitte die konkrete Daten angeben) sie zu der Annahme kam, die aus ihrer Sicht eine volle Hinzurechnung der unbekannt Fälle unter den Corona-positiv Getesteten in Bayern zu den Ungeimpften geboten hat, wann in den zuständigen Stellen (Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit bzw. Staatsregierung) diese Datenlage bzw. die daraus folgende Entscheidung sowie die Tatsache, dass das Robert Koch-Institut sowie die zuständigen Behörden anderer Länder diesbezüglich anders vorgehen, diskutiert worden sind und wer an den jeweiligen Diskussionen beteiligt war?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie plant, eine mögliche 2G-Regel am Arbeitsplatz einzuführen oder zu unterstützen, wie sie eine möglicherweise durch den Arbeitgeber oder die Politik angeordnete 2G-Regel für Beschäftigte im Hinblick auf einen Konflikt mit dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit sieht und unter welchen Umständen Arbeitnehmer, die ungeimpft sind oder als nicht vollständig geimpft gelten, durch den Arbeitgeber entlassen werden können?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe im Entwurf für den Bayerischen Staatshaushalt 2022 finanzielle Mittel (inkl. Verpflichtungsermächtigungen) für eine Weiterentwicklung des ehemaligen KZ-Außenlagers Kaufering VII als Gedenkort und Dokumentationszentrum eingestellt wurden, unter welcher Titelgruppe diese erfasst sind und welche konkreten Maßnahmen realisiert werden sollen?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch seit Beginn der Coronapandemie die Infektionsquote (alternativ absolute Fallzahl) in den bayerischen Justizvollzugsanstalten ist (bitte aufschlüsseln nach JVA, Gefangene und Bedienstete), wie hoch zum jetzigen Zeitpunkt die akuten Infektionszahlen (aktuell Infizierte) in den bayerischen Justizvollzugsanstalten sind (in absoluten Zahlen bitte aufschlüsseln nach JVA, Gefangene und Bedienstete) und wie sich bei den akut Infizierten die Aufteilung in Geimpfte und Ungeimpfte verhält (bitte aufschlüsseln nach JVA, Gefangene und Bedienstete)?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie die derzeitige Impfstoffbeschaffung, -verteilung und -aufteilung im Freistaat an bzw. zwischen Impfzentren, Ärztinnen bzw. Ärzten und Hotspots mit hoher Inzidenz im Detail abläuft, wie viele Impfdosen von welchem Hersteller bis Ende des Jahres 2021 nach Bayern kommen und wie viele Gesundheitsämter in Bayern die Nachverfolgung der Kontaktpersonen zum Teil oder komplett aufgegeben haben (bitte nach Gesundheitsamt auflisten)?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Verstöße gegen die jeweils geltende Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) im November 2021 festgestellt wurden und in wie vielen dieser Fälle ein Bußgeld nach § 73 Abs. 1a Nr. 24 und Abs. 2 im Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Verbindung mit § 17 in der BayIfSMV erhoben wurde?

Anna Schwamberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Freien Wähler planen, zum Schuljahr 2022/23 jahrgangsübergreifende Lernangebote an bayerischen Mittelschulen einzuführen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Klassenstufen für das jahrgangsübergreifende Lernen jeweils zusammengefasst werden sollen, wie viele Lehrerstunden pro jahrgangsübergreifender Klasse geplant sind und welches pädagogische Konzept dem Projekt „JAMI“ zugrunde liegt?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen Routen in den Landkreisen Traunstein, Berchtesgadener Land und Rosenheim derzeit zusätzlich Verstärker-Schulbusse eingesetzt werden, um die Ansteckungsgefahr durch Corona zu minimieren; welche Kosten für die Verstärker-Schulbusse aktuell monatlich auflaufen, bayernweit und für die Landkreise Traunstein, Berchtesgadener Land und Rosenheim (bitte in Bezug auf Anzahl der Verstärker-Schulbusse pro Landkreis), und wie die gleichmäßige Auslastung der Busse bzw. die gleichmäßige Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Busse geregelt wird, wenn solche Verstärkerbusse zur Verfügung stehen?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sich im Rahmen der Vermittlung des EMIX-Maskengeschäfts im Frühjahr 2020 durch Andrea Tandler, vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Sitze der Agentur Pfennigturm (Sitz München) und der Firma Little Penguin (Sitz in Grünwald), im Kontakt mit Ministerien Hinweise auf einen Gewerbesteuerbetrug ergeben haben und ob einem Anfangsverdacht des Gewerbesteuerbetrugs durch Andrea Tandler im Rahmen polizeilicher oder staatsanwaltlicher Ermittlungen nachgegangen wurde?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Anzahl der Anträge auf Gewährung von Beschädigtenversorgung nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Verbindung mit Impfungen vom 1. Januar 2010 bis 6. Dezember 2021 in Bayern ist (bitte die Anzahl jährlich nach jeweiliger Impfung auflisten), wie hoch die Anzahl der Anträge auf Gewährung von Beschädigtenversorgung nach dem IfSG in Verbindung mit COVID-19-Impfungen vom 1. Januar 2021 bis 6. Dezember 2021 in Bayern ist (bitte die Anzahl monatlich nach der jeweiligen COVID-19-Impfung, Art des Impfschadens bzw. der Impfkomplication sowie Alter und Geschlecht der Antragssteller auflisten) und ob für Impfschäden durch sogenannte „Off-Label-Impfungen“ mit COVID-19-Impfstoffen auch Beschädigtenversorgung nach dem IfSG gewährt wird (wenn nein, bitte genau auf Gründe eingehen)?

Christoph Skutella
(FDP)

Bezugnehmend auf die Drs. 18/13713, Frage Nr. 49, frage ich die Staatsregierung, ob das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz vermehrte Konflikte zwischen Mountainbikern und Wanderern bzgl. der Geländenutzung im letzten Jahr registrierte, wie der vom Deutschen Alpenverein (DAV) entworfene Leitfaden mit Konzeptionierungsvorschlägen bzw. -empfehlungen für ein MTB-Streckennetz angenommen und bewertet wurde und wie viele Maßnahmen mittlerweile nach den „Richtlinien zur Förderung von umwelt- und klimaverträglichen Naturerlebnis- und Naturtourismusangeboten in bayerischen Kommunen (FöR-NatKom)“ bewilligt wurden (bitte Auflistung nach Art der Maßnahme, Ort der Durchführung und Mittelzuwendung)?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass der Freistaat in 2021 über 30 Mio. Euro für Maßnahmen zur Klimaneutralität von staatseigenen Gebäuden bereitgestellt hat und davon 5 Mio. Euro ausschließlich für den Bau von Photovoltaikanlagen vorgesehen sind, frage ich die Staatsregierung, inwieweit die 5 Mio. Euro für den Bau von Photovoltaikanlagen auf staatlichen Dächern bereits ausgeschöpft wurden, wie viele Photovoltaikanlagen im laufenden Jahr auf staatlichen Dächern und Liegenschaften in Betrieb genommen werden konnten und welcher Prozentsatz der staatlichen Dächer und Liegenschaften – Stand heute – mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet ist?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, seit welcher Woche die Zahl der unbekanntten Fälle (in Bezug auf den Impfstatus) unter den Corona-positiv Getesteten in Bayern auf mehr als 50 Prozent der positiven Fälle gestiegen ist, wer im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) oder sonst in der Staatsregierung über diese Umstände Bescheid gewusst hat und an welche Teile der Staatsregierung (Staatsministerien sowie Staatskanzlei) seitens StMGP oder LGL Informationen bezüglich des Ausmaßes der unbekanntten Fälle weitergegeben worden sind (bitte, sofern bekannt, Zeitpunkt der Informationsweitergabe angeben)?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie die Einführung eines satellitengestützten Flächenüberwachungssystems im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unterstützen wird, wie die Landwirtschaftsverwaltung in Bayern die durch das Copernikus-Satellitensystem gewonnenen Ergebnisse, z. B. hinsichtlich des Wirkungsmonitorings der Düngerverordnung, zum Biodiversitätsmonitoring, zur Umwelt- bzw. Klima-Berichterstattung etc., in der Praxis nutzen wird und ob die betroffenen Landwirte ebenfalls Einsicht in die gewonnenen Daten haben?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche administrativen Hürden es derzeit bei der Errichtung von Agro-PV-Anlagen gibt und was sie unternimmt, um diese Hürden abzubauen?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch der finanzielle Beitrag ist, mit dem sich der Freistaat Bayern an einer Stelle für einen Systemadministrator an einer Schule beteiligt (bitte für ganz Bayern, aufgeschlüsselt in Landkreisen nach Prozent, in absoluten Beträgen und im Durchschnitt angeben)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Anteil an Eigenmitteln durch den Freistaat Bayern bei der geplanten Klimamilliarde im Haushaltsentwurf 2022, wie sie im Einzelplan 12 ab Seite 69 ff aufgelistet sind, welche genauen Inhalte haben die mit 400 Millionen Euro Verfügungsmittel geplante IPCEI-Projekte, die an den Bund überwiesen werden sollen und weshalb sind für die Projekte Bioenergie Nachwachsende Rohstoffe, Verbesserung der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen durch Energieeffizienz-Netzwerke (BEEN-i), Förderung Pilotprojekte zur Dekarbonisierung, Förderprogramm BioKlima für die Errichtung von Biomasseheizwerken keine Haushaltsmittel eingestellt sind, obwohl sie in der Klimaschutzoffensive aus dem Jahr 2019 bzw. vom 15.11.2021 mit Beginn 2021 bzw. 2022 geplant war?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch pro Jahr von 2017 bis 2020 jeweils in Bayern und im Bundesgebiet der Prüfungsturnus bei Großbetrieben, Mittelbetrieben, Kleinbetrieben und Kleinstbetrieben war, wie jeweils in Bayern und im Bundesgebiet die steuerlichen Mehrergebnisse in den Betriebsgrößenklassen insgesamt und pro Betrieb waren und wie sich seit 2017 bis heute die Zahl der Betriebsprüfer in Bayern und im Bundesgebiet entwickelt hat bzw. wie soll sich die Zahl der Betriebsprüfer und der Prüfungsturnus in den jeweiligen Betriebsgrößenklassen nach den Planungen der Staatsregierung in Bayern künftig entwickeln?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern der Freistaat Bayern im Zuge der Zuwendung von 450.000 Euro an den Bayerischen Landessportverband (BLSV) zur Erstellung der Digital-Plattform „BLSVdigital Basis“ die Einhaltung der Vergabevorschriften überprüft hat, wie sich die Verwendung der Fördermittel auf einzelne Komponenten wie zum Beispiel Hardware, Software und Dienstleistung verteilt und welcher Dienstleister die Erstellung der Digital-Plattform „BLSVdigital Basis“ vollzogen hat?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sie sieht, insbesondere in Landkreisen mit unterdurchschnittlicher Impfquote bei Kirchengemeinden und einflussreichen Traditionsvereinen anzuregen, an lokalen Impfkampagnen mitzuwirken, in welchen Bereichen gezielte Initiativen dazu bereits unternommen wurden und mit welchen Aktivitäten sich die Staatsregierung bemüht, Migrantinnen bzw. Migranten gezielt zu erreichen?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr neue Erkenntnisse zum Abwassermonitoring zur Früherkennung von SARS-CoV-2 vorliegen, wie viele kommunale Abwasserentsorger in Bayern inzwischen an Modellprojekten zur Untersuchung von SARS-CoV-2-Verbreitung und -varianten beteiligt sind und ob sie plant, ein bayernweites Abwassermonitoring zur Früherkennung von möglichen Ausbrüchen der neuen Omikron-Variante zu nutzen?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob Sitzungen kommunaler Gremien in Bayern aktuell der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) unterliegen (wenn ja, bitte genau erläutern), ob für Sitzungen kommunaler Gremien in Bayern 3G plus- oder 2G-Regelungen eingeführt werden dürfen (bitte genau erläutern, warum dies möglich ist oder nicht) und in wie vielen Kommunen in Bayern bereits die Teilnahme an Sitzungen kommunaler Gremien mittels Ton-Bild-Übertragung nach Art. 47a Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) möglich ist (bitte die Gemeinden / kreisfr. Städte / Landkreise nennen, wo dies möglich ist)?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie ergreift um sicherzustellen, dass entsprechend der getroffenen Regelungen ausreichend PCR-Testkapazitäten für die Prüfungsteilnahme von Studierenden verfügbar seien werden, welche Regelungen bei der Prüfungsteilnahme und hinsichtlich der Kosten für Tests für Studierende angewandt werden, die mit einem von der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) nicht zugelassenen Impfstoff geimpft wurden, bevor die aktuellen Regelungen in Kraft traten, und die sich derzeit nicht erneut impfen können (insbesondere für den Prüfungszeitraum zum Ende dieses Wintersemesters und Zugang zu Labor- oder Arbeitsräume oder den Zugang zu Bibliotheken) und wie die Staatsregierung öffentliche Hochschulen und Universitäten bei der Überprüfung der entsprechenden Corona-Zertifikate unterstützt (finanziell, personell oder sonst wie), um einen möglichst für alle Menschen an unseren Hochschulen sicheren Forschungs- und Lehrbetrieb sicherzustellen?